

Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl E. Furmann



Druck und Verlag
C. Furmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die gewöhnliche Zeile oder deren Raum berechnet und bis donnerstags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 111

Fernsprecher

Donnerstag, den 20. September 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 19. September 1928.

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat sich nach Abschluß der Fahrt durch Oberschlesien nach Breslau begeben.
— Das Reichskabinett hat die Haltung des Reichskanzlers in Genf einstimmig festgestellt.
— Der Chef der Marineleitung, Admiral Zentgraf, scheidet Ende September aus dem Marinendienst aus.
— Das neue Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Dienstag seinen ersten Versuchsfahrt durchgeföhrt.
— Die Ostafrikaner Egiher und v. Winterfeld sind in Königsberg zum Weiterflug über Romm nach Smolensk gestartet.
— In Hohenhausen bei Linz an der Donau brannte im Gehöft bis auf die Grundmauern nieder. Dabei kamen vier Personen in den Flammen um.
— Infolge des Streites um die Luftstraßenkonventionen sind namentlich die meisten der über Sachfen führenden Fluglinien stillgelegt oder abgeändert worden.
— In der Ostbaltische Provinz wurden besonders Ralmösch und Wiand von dem Tornado schwer heimgeschlagen.
— Bei der Entgleisung eines Zuges bei Cadix in Mexiko auf den Philippinen sind 16 Personen getötet und 15 verletzt worden.

Wandlungen der Kapitalbildung.

Von Dr. Erich Bekker-Frankfurt a. M.
Die Wandlungen im Umfang der deutschen Eigenkapitalbildung ändern sich erst seit 1927. Der Lebensstandard ist allenthalben gestiegen, die Ausgaben für den Konsum sind entsprechend gestiegen. Gegenüber einer vor Kriegstagen Kapitalbildung von 8 bis 10 Milliarden Reichsmark, der nach dem Krieg ein Kapitalbildung von etwa 1 1/2 Milliarden Reichsmark entsprechen würde, betrug die heimische Kapitalbildung im Jahre 1927 trotz aller Fortschritte, die seit 1923 gemacht worden sind, erst etwa 9 Milliarden Reichsmark.

Der Einlagezuwachs bei Aktiendanken und Privatbanken ist dabei ganz außer Ansatz gelassen, ebenso andere weniger belangreiche Sparformen. Der Lebensstandard ist allenthalben gestiegen, die Ausgaben für den Konsum sind entsprechend gestiegen. Gegenüber einer vor Kriegstagen Kapitalbildung von 8 bis 10 Milliarden Reichsmark, der nach dem Krieg ein Kapitalbildung von etwa 1 1/2 Milliarden Reichsmark entsprechen würde, betrug die heimische Kapitalbildung im Jahre 1927 trotz aller Fortschritte, die seit 1923 gemacht worden sind, erst etwa 9 Milliarden Reichsmark.

Die Hauptursache für das Zurückbleiben der Kapitalbildung hinter dem Reichtum der Vorkriegszeit liegt in der hauptsächlich durch die inneren und äußeren Kriegslasten bedingten größeren Vorbelastung durch den Aufwand von Krieg, Löhnen und Gemeinden, die vor dem Krieg etwa 10 Prozent und 1927 etwa 22 Prozent dem real ungefähr ebenso hohen Sozialprodukt abzogen. Zwar bedeutet Besteuerung nicht immer in voller Höhe Kapitalentziehung; sie zwingt zu einem großen Teil auch zu einer Konsumminderung des Steuerzahlers. Aber da die Steuern gerade die Einkommenshöhen treffen, die am ehesten zur Kapitalbildung verwendet werden, so gilt noch heute der Maximaler Satz: „Es gibt keine Steuern, die nicht die Kraft der Kapitalisierung zu schwächen tendieren.“

Gegenüber der Beeinträchtigung, die die Kapitalbildung durch die hohen öffentlichen Lasten erfährt, treten andere Einflüsse an Bedeutung zurück. Das ist das in der letzten Zeit immer noch nicht ganz geklärte Verhalten der Lebensversicherungen. Lauten nach 1927 30 Prozent der neuen Kontrakte auf Geld- und Feingeld, oder effektive Fremdbildung. Die Höhe der Zinskäufe konnte nach der Stabilisierung ein Gegenmittel gegen das Währungsrisiko darstellen. Ob das in der letzten Zeit gegenüber dem Dauerbaren an Bedeutung zugenommen hat, ist zweifelhaft. Bei den Sparformen betragen die Abhebungen 1927 nur 68 Prozent gegen 82 Prozent in den letzten Jahren vor Kriegstagen. Das dem Dauerbaren verwandte Abzahlungsgeschäft ist der Kapitalbildung in verschiedener Hinsicht abträglich. Allerdings erweisen sich die Planmäßigkeit und der Wandel zur Abzahlung manchmal als heilsam, woraus auch die Sparkapitalbildung noch einmal Nutzen ziehen kann.

Ein abschließendes Urteil über die Entwicklung der Spar- und Konsumgewohnheiten in der Nachkriegszeit wird man zurückstellen müssen, bis vergleichbares Material vorliegt. Einige ermutigende Symptome sind heute schon faßbar. Der Alkoholverbrauch pro Kopf steht um ein Viertel, der Trinkbraunweinverbrauch um über die Hälfte hinter dem Vorkriegsstand zurück. Wenn man die Veranschaulichung eines großen Provinzialverbandes verallgemeinern darf, so ist in den Sparplänen bereits ein sehr breites Publikum aus allen Kreisen, auch der gelehrten und ungelerten Arbeiter am Werk, um für sich oder ihre Kinder — ein Viertel der Sparpläne läuft auf den Namen von Kindern — Mittel an anzusammeln. Hauptfaktor für die Bestimmung der Kapitalbildung wird aber der Spielraum bleiben, der dem einzelnen gelassen ist. Alle Untersuchungen lehren, daß sich die Sparpläne bei steigendem Einkommen nicht nur proportional, sondern progressiv verhalten. Deutschland darf hoffen, auf diese Weise nicht nur mit geringeren Entbehrungen, sondern auch viel rascher über den Berg zu kommen, als wenn das Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts in die Zukunft abgepaßt würde.

Die Formen der Kapitalbildung sind gegenüber dem Umfang im Augenblick von untergeordneter Bedeutung. Mit Beibehaltung zugenommen hat die Zwangsaktualbildung, z. B. durch die Sozialversicherung, die heute zwei Drittel der Gesamtkapitalbildung umfaßt und 1927 600 Millionen Reichsmark Reservezuwachs zur Kapitalbildung beigetragen hat.

Müller berichtet über Genf.

Die Haltung des Kanzlers vom Kabinett einstimmig gebilligt. — Beginn der neuen Verhandlungen im Oktober.

Über den am Dienstag in Berlin abgehaltenen Ministerrat wird der Presse folgende amtliche Mitteilung übergeben:

Der Reichskanzler berichtete am heutigen Vormittag dem Reichskabinett über die in Genf geföhrt Verhandlungen. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung des Reichskanzlers und der deutschen Delegation und dankte dem Reichskanzler für seine geschickte und tatkräftige Führung der Verhandlungen.

In unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die diplomatischen Räumungsverhandlungen Mitte Oktober mit der Überbringung einer deutschen Note an Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan beginnen werden. Wie bekannt, will Reichskanzler Müller die entscheidenden Schritte nach dieser Richtung hin erst nach der Fühlungnahme mit dem auswärtigen Ausschuß des Reichstags unternehmen. Auch muß dieser Aktion eine nochmalige Behandlung der Angelegenheit in Reichskabinett vorausgehen, da das Reichskabinett bisher nur einen informatorischen Bericht entgegengenommen, aber keine Beschlüsse gefaßt hat. Die Ereignisse des Notwendigen dürfen dann während der Dezembertagung des Rates in Genf erörtert werden. Bei einer günstigen Entwicklung der Dinge hofft man, im Februar oder März eine neue internationale Konferenz

zur Beschlußfassung über die Räumungsforderung und über die Reparationsfrage einberufen zu können.

Ob es dahin kommen wird, ist heute noch völlig ungewiß. Der französische Außenminister Briand wird nicht müde, Hoffnungsfreudigkeit an den Tag zu legen. Allen Umständen nach steht aber Reichskanzler Müller die Dinge wesentlich nüchtern an. Erst recht gilt das von der deutschen Bevölkerung. Es hat gar keinen Zweck, die Augen vor der Tatsache zu beschließen, daß ein erfolgversprechender Abschluß der in Aussicht genommenen Verhandlungen nur dann zu erreichen ist, wenn Frankreich von dem bisher eingenommenen Standpunkt: Dazwischenkontrolle für die Freigabe der zweiten Zone, finanzielle Zugeständnisse für die Räumung der dritten Zone, absteht. In Genf haben die Franzosen sich dazu nicht bequemen können, Briand hat vielmehr eine ausgezeichnete Gelegenheit verstimmt von ihm mit Worten zu erhellen Atmosphäre der Verhandlung durch Daten herbeizuföhren.

Auch sonst machen sich Vertreibungen bemerkbar, die wohl zu Zwischenfällen führen können, die aber in der Herbstzeitung der sachlichen Einigung dienen werden, die man eben in Genf noch nicht erzielt hat. So befinden z. B.

Polen und die Fischhollwale

Neigung, ihre Einbeziehung in den Kreis der Unterhändler zu betreiben. Diese Hoffnungen können selbstverständlich niemals in Erfüllung gehen. Wenn Polen davon spricht, daß die neuen Verhandlungen auch „erhöhte Sicherheit“ in Europa gewährleisten sollen, dann

ist das in dieser Form unrichtig, außerdem ist Polen in der Frage der erhöhten Sicherheit kein Gläubiger, wohl aber ein Schuldner.

Die deutsche Bevölkerung wird deshalb gut tun, sich keinen großen Hoffnungen hinzugeben. Wichtig, daß Frankreich unter dem Druck seiner Finanzlagen sich seine Haltung noch einmal reiflich überlegt. Die Franzosen müssen nämlich im kommenden Jahre den Kaufpreis für die von den Amerikanern übernommenen Warenbestände im Betrage von 450 Millionen Dollar begleichen, nachdem die zehnjährige Stundung abgelaufen ist. Noch heute wissen die Franzosen nicht, wo sie das Geld hernehmen sollen. Eine weitere Stundung können sie jedoch von Amerika nur dann erlangen, wenn sie zuvor das so angefeindete Schuldnerabkommen bestärken.

Was Amerika betrifft, scheint man in Washington daran zu denken, falls es zu der Einbeziehung des Reparationsauschusses kommt, einen Beobachter als Beobachter zu entsenden. Eine Veränderung des Awaesplans ist selbstverständlich nur im Einvernehmen mit Amerika zu erreichen.

Hindenburg in Breslau.

Der Abschied von Oberschlesien. — Der Empfang in Ratibor. — Die Andenken der Massen.

Reichspräsident von Hindenburg hat seine Fahrt durch Oberschlesien beendet und weist gegenwärtig in Breslau. Den Abschluß des Besuchs in Oberschlesien bildeten ein Empfang Hindenburgs in Ratibor und eine Rundfahrt des Reichspräsidenten durch das Gebiet an der polnisch-schlesischen Grenze. Ueberall bereitere die Bevölkerung ihren

Wetter vor den Schreden des Krieges

herzlichste Huldigungen. Oberschlesien hat Festtage erlebt, wie die, die dem Einzug der deutschen Truppen in der Vorkriegszeit der Besetzung folgten! An den Straßen bildete sich die gesamte Einwohnerschaft der einzelnen Ortschaften. Viele Kilometer weit standen Tausende von oberirdischen Bergarbeitern mit ihren schwarzen Uniformen und brennenden Grubenlampen in der Hand. Hier wurde der Reichspräsident mit dem Deutschschlesier begrüßt, dort mit dem Bergmannslied. Bei der Einfahrt des Reichspräsidenten in die Ortschaften künsteten die Glöden; in Oppeln wurde dem Reichspräsidenten von der Bevölkerung noch ein imposanter Zapfen dargebracht.

In Ratibor war anlässlich der Anwesenheit des Reichspräsidenten ein festlicher Empfang im Landeshaus veranstaltet worden. Landeshauptmann Dr. Krieger, der Präsident des Provinziallandtages Graf Brauns-Marshallenberg, der Führer des oberirdischen Bergwerks, Prälat Miksa, und der Oberbergmeister stellten Ansprachen. Sie wiesen auf die Folgen der sinnlosen Zerkleinerung Oberschlesiens hin, forderten teilweise die Schaffung billiger Transporthwege, den Ausbau der Oder und die Zubilligung von Sonderzöllen auf der Reichsbahn.

Reichspräsident v. Hindenburg

dankte für den Empfang und gedachte dann noch einmal des Schicksals Oberschlesiens.

Er wisse, welche Schwierigkeiten das harte politische Schicksal dieses Landes für die Organisation des verbleibenden Teiles nach sich gezogen habe und wie schwer es gewesen sei, in dem verarmten und geschwächten deutsch-oberschlesischen Gebiete eine neue staatliche und kommunale Verwaltung einzurichten. Es sei in der schweren Zeit des Jahres 1923 ein erfreuliches Zeichen der wiederkehrenden Selbstbestimmung unseres Volkes und für alle ein Vorbild gewesen, als die schwergeprüften Bewohner Oberschlesiens sich in einer Volksabstimmung und überwiegender Mehrheit gegen eine Auflösung von Preußen und gegen die Bildung eines selbständigen Bundesstaates ausgesprochen und in treuer Anhänglichkeit ihren Willen für das Verbleiben beim preussischen Staat bekundet hätten.

Die Reichs- und die preussische Staatsregierung hätten der besonderen Lage und der Eigenart dieses Gebietes durch Beachtung getragen, daß sie dem deutschoberschlesischen Oberschlesien die eigenartige wie die kommunale Provinzialverwaltung zugestanden und eingerichtet hätten. Noch seien die Wunden der schweren Kriegs- und der noch schwereren Nachkriegszeit nicht überall geheilt, noch harrten wichtige politische, wirtschaftliche und soziale, sowie kulturelle Aufgaben der Lösung. Aber das, was in Oberschlesien in kurzer Zeit an Aufbau und Schwermühen bewältigt worden sei, und das feste Selbstvertrauen der Provinz geben ihm die Hoffnung, daß es gelingen werde, auch die noch offenen Fragen zu lösen und den Weg zu einem neuen Zukunft zu ebnen.

Eines Zusammenwachsens von Reich und Staat, von Selbstverwaltung und Wirtschaft und die Mitwirkung der ganzen Bevölkerung selbst werde dazu nötig sein. Verschiedenheit der Weltanschauung und der Parteien dürften hier kein Hindernis bilden; sie müßten durch einiges Wollen überwunden werden. In diesem geschiedenen und gescheiterten Grenzgebiet sei diese Einheit noch mehr als anderswo notwendig. Sie zu erreichen und zu erhalten, bitte er alle, nach besten Kräften mitzutun.